

Der Staat muss regulieren, aber der Wirtschaft Raum für Innovation lassen

VON MARKUS SCHÄR (INTERVIEW) UND CHRISTIAN KÄNZIG (FOTOS)

Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold und Ueli Forster, Präsident von *economiesuisse*, diskutieren über die Rolle des Staates in der Regulierung der Wirtschaft und über die Qualität der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Die beiden Dialogpartner sind sich darin einig, dass für wirtschaftliches Handeln griffige Gesetze nötig sind.



CEO: Die Schweizer Wirtschaft stagniert: Müssten Politiker und Wirtschaftsführer nicht aktiver werden, um eine konjunkturelle Wende herbeizuführen?

Ueli Forster: Wir sorgen uns, weil wir in der Schweiz seit Jahren kein nennenswertes Wachstum mehr haben. Ein solches wäre aber die Voraussetzung, damit wir den Sozialstaat weiter finanzieren können. Angesichts der Stagnation nehmen die Zwangsabgaben weiter zu. Das frei verfügbare Einkommen sinkt. Ich fürchte, dass dies zu gesellschaftspolitischen Problemen führt.

Ruth Metzler: Auch die Wirtschaft weiss ja, dass man nicht einfach sagen kann: Mit diesen und jenen Massnahmen erreichen wir den Aufschwung. Die Zusammenhänge sind komplexer. Wir müssen ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass sich nicht alles so beeinflussen lässt, wie wir es wollen. Langfristig gute Rahmenbedingungen sind gefragt, dafür setzen wir uns ein.

Forster: Aber die Rahmenbedingungen sind heute nicht optimal: Die Staatsquote ist zu hoch. Deshalb müssen Politik und Verwaltung einsehen, dass sie nicht mehr umverteilen dürfen, weil sie sonst die Keime des Wachstums ersticken. Es geht also nicht nur um das Machen, sondern ebenso sehr um das Unterlassen.

CEO: Kann die nationale Wirtschaftspolitik angesichts der internationalen Verflechtungen überhaupt noch etwas ausrichten?

Forster: Je stärker sich die globale Wirtschaft vernetzt, desto weniger gibt es einfache Lösungen für die Nationalstaaten. Deshalb würde auch ein nationales Impulsprogramm nichts bringen. Es gibt praktisch keine kurzfristigen Massnahmen mehr, um das Wachstum anzukurbeln. Die Europäische Union, die zwei Drittel unserer Exporte abnimmt und von deren Konjunktur wir kurzfristig abhängen, ist nun einmal im Krebsgang.

Metzler: Ich möchte das Stichwort der Kurzfristigkeit aufnehmen: Das ist das Problem in der Tagespolitik. Ich stelle fest, dass die Forderungen oft nach den Schlagzeilen in den Tagesmedien aufgestellt werden. Die Parlamentarier müssten aber den Mut und die Standfestigkeit aufbringen, nicht aufgrund aktueller Ereignisse neue Regelungen zu



RUTH METZLER-ARNOLD

Ruth Metzler-Arnold führt seit ihrer Wahl in den Bundesrat im Frühling 1999 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität Fribourg, arbeitete als eidgenössisch diplomierte Wirtschaftsprüferin neun Jahre bei PricewaterhouseCoopers in St. Gallen und war von 1996 bis 1999 Finanzdirektorin im Appenzeller Innerrhoder Regierungsrat.



UELI FORSTER

Ueli Forster präsidiert, als erster Vertreter der KMU in diesem Amt, seit 2002 *economiesuisse* (Verband der Schweizer Unternehmen). Er führt mit seinem Bruder in dritter Generation das Stickereiunternehmen Forster Rohner AG, das sich auf die Herstellung von Stickereibesatz für hochwertige Damenwäsche für Kunden wie Triumph, Chantelle, Marks & Spencer, Victoria's Secret spezialisiert hat.

UELI FORSTER: Man muss nur die Regelungen treffen, die Missbräuche verhindern, und dabei die Freiheit nicht einschränken, die Innovation erlaubt.

verlangen, sondern abzuwarten und die Probleme langfristig zu betrachten.

Forster: Ja, denn jetzt kommt es darauf an, dass die Richtung stimmt. Wir müssen die Komplexität der Politik auf einige wenige Einzelprobleme herunterbrechen, die in ihren Lösungsansätzen einen langfristigen Aspekt aufweisen. Es sind dies Bildung, Forschung, Technologie, Infrastruktur und Aussenhandelspolitik.

Metzler: Dazu kommt die Fiskalpolitik. Sie eröffnet der Wirtschaft neue Perspektiven.

Forster: Natürlich, und wir brauchen auch soziale Kohärenz, sonst geht gar nichts. Wir brauchen in all den Bereichen, die ich genannt habe, günstige Rahmenbedingungen.

CEO: Decken sich Ihre Vorstellungen von sozialer Kohärenz mit dem, was die Bevölkerung will?

Forster: Um den Sozialstaat in seiner heutigen Form bezahlen zu können, brauchen wir wie gesagt Wachstum. Und Wachstum lässt sich nun einmal nicht herbeizaubern. Ich sehe deshalb auch, in welcher schwieriger Lage die Politiker sind. Sie müssen ihre Versprechen halten, sie müssen ihren Wählern etwas bieten und sie wollen auch eigene Ziele verfolgen. Aber sie sind im Grunde machtlos, weil sie sich eingestehen müssen, dass sich das, was sie versprochen oder sich vorgenommen haben, nicht finanzieren lässt.

CEO: Fühlen Sie sich machtlos, Frau Metzler?

Metzler: Nein. Ich verspreche nichts, was ich nicht halten kann. Es ist kein Gefühl von Machtlosigkeit, wenn wir einsehen, dass wir nicht alles von heute auf morgen zum Guten wenden können.



CEO: Können Sie ein Beispiel für einen solchen Fall geben?

Metzler: Beispielsweise das Asylwesen: Es ist eine Illusion zu denken, dass wir die Migrationsströme von den armen in die reichen Länder stoppen können; aber das bedeutet nicht, dass ich die Hände in den Schooss lege. Wir haben Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, und wir nutzen sie. Doch genau die Migration zeigt, dass viele Probleme in einem grösseren Zusammenhang stehen: Es geht oft nicht nur darum, was die Wirtschaft braucht, sondern auch darum, was unsere Gesellschaft verträgt. Meine Forderung an die Wirtschaft ist deshalb, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern immer auch die Interessen des Landes im Auge zu behalten.

CEO: Thomas Friedman schreibt in seinem Buch «The Lexus and the Olive Tree: Understanding Globalisation», der Staat brauche ein Betriebs-

system, also rechtliche Rahmenbedingungen, um Investitionen anzulocken. Wie gut ist das Betriebssystem der Schweiz?

Forster: Es ist meines Erachtens sehr gut. Die Kleinräumigkeit des Landes bringt es mit sich, dass man sich gegenseitig kennt. Auch die Wachsamkeit der Medien trägt zur Funktionsfähigkeit dieses Systems bei. Hinzu kommt, dass die Schweizer sich gegenseitig ausgeprägt kritisch beobachten.

Metzler: Es gibt aber auch einen anderen Aspekt: Der Vorwurf, Wirtschaft und Politik seien verfilzt, wird immer sehr schnell erhoben. Ich glaube aber, dass genau die Tatsache, dass Wirtschaft und Politik miteinander reden und Informationen austauschen, den Wert unseres Landes ausmacht. Nur eine gegenseitig kritische Zusammenarbeit ermöglicht eine korrekte Annäherung der Haltungen und die Erarbeitung von gemeinsamen Lösungen.

CEO: Welche Lösungen müssen denn gefunden werden, um das Wachstum langfristig zu stärken?

Forster: Die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Kernbereichen Bildung, Forschung, Technologie und Infrastruktur habe ich bereits erwähnt. Darüber hinaus muss die Wirtschaft durch ihre Leistung und ihr Verhalten das Vertrauen wiedergewinnen, von dem letztlich alles abhängt. Es geht nicht nur darum, unter welchen Bedingungen die Unternehmen arbeiten, sondern auch, wie sie arbeiten, wie sie sich verhalten und wie sie gegenüber der Öffentlichkeit auftreten.

CEO: Kann die Wirtschaft dies selbst tun oder muss der Staat es ihr vorschreiben?

Forster: Wir haben mit Selbstregulierung viel erreicht, und das viel schneller, als es die Politik vermöchte. Ich habe den Eindruck, dass uns das Volk heute glaubt, dass die Missstände behoben und die verantwortlichen Führungskräfte ausgewechselt seien. Das bedeutet aber nicht, dass es keine vertrauensschmälernden Fälle mehr geben wird.

Metzler: Die Wirtschaft muss mitmachen, denn der Staat kann es nicht allein. Ich frage mich auch, wie weit der Staat gehen soll. Grundsätzlich trete ich für Selbstregulierung ein, ich will keine Bevormundung. Aber gerade bei der Corporate Governance muss der Staat meiner Meinung nach Einfluss nehmen.

CEO: Aus welchen Gründen?

Metzler: Weil es sich dabei um die Frage der Checks and Balances zwischen den Organen eines Unternehmens handelt. In einem zweiten Paket, das ich in den Bundesrat bringe, wollen wir daher Fragen wie den Minderheitenschutz oder die Festlegung der Verwaltungsratslöhne angehen. In einigen Ländern ist es üblich, dass diese von der Generalversammlung beschlossen werden. Denn im Wirtschaftsleben ist es ja nicht Usus, dass man mit sich selbst Verträge abschliesst. Heute legt der Verwaltungsrat seinen eigenen Lohn fest.

Forster: Einverstanden, doch die meisten regulatorischen Eingriffe sind Folgen von Missbräuchen. Und weil es immer Missbräuche in der komplexer werden den Unternehmenswelt geben wird, brauchen Verwaltung und Parlament keine Bedenken zu haben, dass ihnen die Arbeit ausgeht. Im Unternehmensrecht gibt es noch viele offene Fragen. Aber ich glaube, dass Regulierungen oft aufgrund von Einzelfällen stattfinden

und damit zu weit gehen und die unternehmerischen Spielräume einschränken. Doch diese sind entscheidend für die Innovation und damit für das Wachstum.

Metzler: Neue Gesetze bringen nicht nur Belastungen für die Wirtschaft. Auf das Fusionsgesetz beispielsweise wartet die Wirtschaft schon lange, denn es bringt auch Erleichterungen – und das nicht nur im Rahmen der Fusionen, sondern auch im Bereich der Reorganisation und Restrukturierung.

Forster: Ja, es ist die Voraussetzung dafür, dass sich unsere Wirtschaft in einer globalisierten Welt weiterentwickelt. Das Gesetz ist für uns so wichtig, weil wir eine kleine, offene Volkswirtschaft sind. Wir dürfen nicht von der eigenen Befindlichkeit ausgehen, sondern müssen das ganze Umfeld berücksichtigen.

Metzler: Dies ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Es ist für uns immer ein ganz wichtiges Kriterium, keine Son-



derlösungen für die Schweiz zu entwickeln. Ich wehre mich aber gegen die Behauptung, der Staat solle grundsätzlich so gut wie nichts regeln. Gerade für die Wirtschaft wäre das gefährlich: Erst Gesetze ermöglichen wirtschaftliches Handeln.

Forster: Der Markt neigt ohne Regeln zu Missbräuchen. Deshalb brauchen wir einen starken Staat, der die Spielregeln für die Wirtschaft setzt. Die Schwierigkeit besteht darin, nur die Regelungen zu treffen, die Missbräuche verhindern, und dabei die Freiheit nicht einzuschränken, die Innovation erlaubt. Dieser Balanceakt funktioniert nur, wenn Politik und Wirtschaft im ständigen Dialog miteinander sind.

CEO: Wie gut funktioniert der Dialog?

Forster: Die Politik und die Verwaltung arbeiten wieder stärker als früher mit der Wirtschaft zusammen, etwa in den Expertenkommissionen, die Gesetze vorbereiten. Der Dialog funktioniert – zwar nicht immer, aber meistens – sehr gut.

Metzler: Die Verwaltung hat sich geändert. Als ich aus der Wirtschaft zur Regierungsrätin gewählt wurde, fragten mich viele: Wie kannst du mit Beamten arbeiten? Jetzt sieht die Wirtschaft, dass es in der Verwaltung viele gute Leute gibt. Es wäre schön, wenn es noch mehr Austausch an Fachkräften zwischen den beiden Bereichen gäbe; meistens ist es eine Einbahnstrasse vom Staat zur Wirtschaft. In der Strafverfolgung brauche ich auch Wirtschaftsprüfer oder Informatiker mit höchsten Qualifikationen, aber wir können ihnen nicht dieselben Löhne bieten. Der Austausch von Fachkräften ist ein Punkt, der zwischen Politik und Wirtschaft intensiver diskutiert werden sollte.

RUTH METZLER-ARNOLD: Die Wirtschaft sollte nicht nur an sich selbst denken, sondern auch immer die Interessen unseres Landes im Auge behalten.